



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/2c6 - 12. September 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Vorbild Theodor Heuß
Von Georg August Zinn,
Hessischer Ministerpräsident

68

3 - 4

Der Bruck bleibt
Neu Delhi und Peking

87

5

Aus der Reihe getanz
Zum Presse-Echo auf den
Programmewurf der SPD

46

6

Ein Fall für Grolmann
Gewerkschaftszeitungen -
unerwünschte Lektüre bei der Bundeswehr?

32

7

Sind wir wieder so weit?
CDU mobilisiert die Straße
gegen Gemeindeparlament

34

* * *

* * *

Vorbild Theodor Heuß

Von Georg August Zinn,
Hessischer Ministerpräsident

Seit dem 15. September hat die Bundesrepublik Deutschland einen neuen Bundespräsidenten. Professor Theodor Heuß, der zehn Jahre erster Mann im Staate war, hinterläßt seinem Nachfolger Heinrich Lübke nicht nur eine große Aufgabe, sondern auch das Ansehen, das er diesem Amt zu geben verstand. Jeder neue Bundespräsident nach Professor Heuß, ganz gleich, wer es geworden wäre, hat es schwer, diesem Vorbilde zu entsprechen.

Als wir in den Jahren 1948 und 1949 im Parlamentarischen Rat und in seinen Ausschüssen das Grundgesetz beraten haben, waren wir uns einig darüber, daß die Stellung des Bundespräsidenten nicht mehr mit der Machtfülle ausgestattet werden sollte, die die Weimarer Verfassung dem Reichspräsidenten gab. Dieser Auffassung waren nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern alle Mitglieder des Parlamentarischen Rates, auch Professor Theodor Heuß, der dann 1949 als erster Bundespräsident des neuen demokratischen Staates die schwere Aufgabe übernahm, diesem Amt ohne die Fülle der politischen Macht, die mit dem gleichen Amt in der Weimarer Zeit verbunden war, Inhalt zu geben. Nur wenige hatten eine Vorstellung davon, worin dieser Inhalt bestehen könnte. Professor Heuß wußte es, denn vom ersten Tage an bis zu seiner letzten Amtshandlung war seine Tätigkeit eine kompromißlose Bereitschaft, der Bundesrepublik Deutschland innerhalb ihrer Grenzen und in der Welt Ansehen zu verschaffen. Über alle politischen Schwierigkeiten des jungen Staates hinweg, die in diesen zehn Jahren bestanden und die geeignet waren, dem demokratischen Ruf des neuen Staatswesens zu schaden, war es die Persönlichkeit von Theodor Heuß, die das Vertrauen der Welt in Deutschland bestärkte und schon damit die Stellung des Bundespräsidenten rechtfertigte.

Für das Ausland war Professor Heuß als Staatsoberhaupt der Repräsentant der Bundesrepublik. Innerhalb der Bundesrepublik stand sein Wirken oft im Schatten der Tagespolitik. Dennoch ist

gerade er zum Symbol der neuen deutschen Demokratie geworden. Er erwarb sich das Vertrauen auch der Menschen, die zunächst nur eine unbestimmte Vorstellung von der neuen staatlichen Ordnung hatten.

Professor Heuß gab ihnen immer ein Beispiel, das nachhaltiger wirkt, als viele Reden über die Demokratie. Seine Stellung über den Parteien gestattete es ihm, unabhängig von Einzel- und Gruppeninteressen zu bleiben. Dadurch wurde er der volkstümlichste Repräsentant der Bundesrepublik. Das beweist die Anhänglichkeit, mit der ihm unser Volk bei jeder Gelegenheit begegnete. Die Popularität, die Theodor Heuß nie gesucht hat, die er aber besitzt, wurde ihm von Volke verliehen, eine Ehrung, die nur wenigen Staatsmännern so uneingeschränkt zukam, wie ihm.

In den zehn Jahren seiner Amtstätigkeit begründete Professor Heuß eine Tradition für das Amt des Bundespräsidenten. Sie erwuchs aus reicher Erfahrung eines langen politischen Lebens, aus der Klugheit des Wissenschaftlers und Publizisten und aus schlichter Menschlichkeit. Unbürokratisch und ohne Anspruch auf Autorität gab er diesem Amt Würde und Ansehen.

Auch die unerfreuliche Diskussion um die Nachfolge, die die Gefahr einer Abwertung der Stellung des Bundespräsidenten heraufbeschwor, vermochte seine Stellung und sein Ansehen nicht zu schmälern, obwohl es eine schwere Belastungsprobe für das Amt und für den Menschen war, der es ausfüllte.

Der Begriff "Bundespräsident" ist so eng mit der Persönlichkeit von Theodor Heuß verbunden, daß es sein Nachfolger nicht leicht haben wird.

Wenn künftig Professor Heuß in Stuttgart lebt und sich vorwiegend wissenschaftlichen Arbeiten und der Schriftstellerei widmet, wie er wiederholt gesagt hat, findet er sicherlich auch manchmal Zeit und Gelegenheit, dem deutschen Volke einen guten Rat zu geben. Es wird ihn stets dankbar hinnehmen.

Dem neuen Bundespräsidenten Heinrich Lübke wünschen wir, daß es ihm gelingen möge, sein Amt mit der Menschlichkeit und Toleranz und der Unabhängigkeit gegenüber Partei- und Einzelinteressen zu führen, wie es Theodor Heuß uns zehn Jahre lang vorgelebt hat.

Der Bruch bleibt

ED. - Zwar werden zur Stunde keine neuen Kampfhandlungen der chinesischen Truppen entlang den Grenzen Indiens oder auf indischem Gebiet selbst gemeldet. Darin jedoch ein Zurückstecken der taktischen und strategischen Ziele Pekings sehen zu wollen wäre übertrieben, solange jedenfalls, als die chinesischen Kommunisten fortfahren, indisches Gebiet als zu China gehörig zu bezeichnen und Probleme wie die tibetische Frage mit der brutalen Macht des militärisch Stärkeren zu lösen. Man weiß, daß die sehr lange dauernden Geheimsitzungen der obersten Partei- und Staatsfunktionäre des chinesischen Reiches während des Monats Juli unter anderem mit dem zeitlich nicht begrenzten Beschluß geendet haben, die Politik der "weichen Welle" in Asien gegen eine Politik der "demonstrativen" Machtentfaltung auszuwechseln.

Peking erinnert sich der Reichsidee

Seit geraumer Zeit werden die heranwachsenden Chinesen mit großen räumewürdigen Ereignissen der nationalen Geschichte nahezu überfüttert. An die Stelle des früher gepflegten Heldenidols vom revolutionären Bauern und Arbeiter, der sich gegen seine sozialen Unterdrücker auflehnt, ist der chinesische Soldat getreten, der - als Erfüller der imperialen Idee vom Reich der Mitte - den anwohnenden Völkern die Segnungen und Gesetze der chinesischen Zivilisation bringt. Man erinnert sich in den Schulen des kommunistischen Chinas der großen Tage, da die Macht des "Sohnes des Himmels" bis zum heute russischen Kasakstan, bis nach Burma und Indonesien reichte. Mehr denn je predigt man die These von den Millionen "unerlösten" chinesisstämmigen Völkern Südostasiens und der Inseln. In diesem Zusammenhang dürften die Begründungen Pekings für die jüngsten Zwischenfälle in Assam aufschlußreich sein, sprechen die offiziellen chinesischen Verlautbarungen doch von "Gebieten, die zum großen chinesischen Reich gehörten", von Menschen, die "ihrer Rasse nach zu den Völkern Chinas gehören". Vergangen sind die Zeiten, da der Anspruch der chinesischen Kommunisten auf den sozialrevolutionären Lehren Lenins fußte, verweht die Stunden, da der Marsch der Bauernheere Maos die Wände der Geschichte anzukündigen schien. Geblieben ist der aus der Geschichte Chinas immer wieder zu erkennende Wille der Herrscher in Peking das "Reich der gelben Erde bis an die Grenzen der Welt" auszudehnen. Aus den militanten Missionaren des Kommunismus sind die fanatischen Kommissare chinesischen Imperialismus geworden.

Indien bleibt fest

Die indischen Reaktionen auf die chinesischen Aktionen haben ohne Zweifel West wie Ost in Erstaunen versetzt. Zwar weiß man sehr genau, daß im Ernstfall die 500 000 Mann zählende indische Armee kein ernsthafter Gegner der chinesischen Dampfwalze wäre, der Wille aber, angesichts der Drohung aus Peking fest zu bleiben und nicht vor den Pressionen und Beschuldigungen Maos und Tschu En Lais zurückzuweichen, sicherte Indien auch dort Sympathien, wo man bisher Nehru gegenüber mehr als reserviert war. Niemand jedoch dürfte im Unklaren darüber sein, daß Indien zur Zeit gar nicht daran denkt, etwa nun einem westlichen Ver-

teidigungsbündnis beizutreten, Nehru jedenfalls und auch Krishna Menon haben in dieser Frage sehr unmißverständlich gesprochen.

In einigen Kreisen der indischen Öffentlichkeit sieht das Bild etwas anders aus. Wie auch immer aber Nehru den aktuellen Bruch zwischen seinem Land und China betrachten mag, er hat vermittels eines offiziellen Weißbuches die Peking's Grenzattacken und Beschuldigungen zurückgewiesen. Für Neu-Delhi gilt die alte, einst zwischen Vertretern des britischen Indiens, Tibets und Chinas ausgehandelte "Macmahon-Linie", die ausdrücklich von Tschu En Lai als chinesisch-indische Grenze anerkannt wurde. Die Aktionen der indischen Kommunisten in Kerala, die Partisanentätigkeit der Kommunisten in Laos und den angrenzenden Ländern und nicht zuletzt das Vorgehen Pekings in Tibet sind nicht ohne Eindruck auf Nehru und seine außenpolitischen Berater geblieben, vom indischen Volk ganz zu schweigen. Jetzt ist auch in Indien die Zeit vorbei, da die Beteuerungen der Chinesen von der "Koexistenz" in Asien als einzige Richtschnur außenpolitischer Handelns geschluckt werden. Zwar wird Indien immer versuchen, gute und freundschaftliche Beziehungen zum Nachbarn im Norden zu haben - das ist ein Imperativ indischer Außenpolitik - aber nicht auf Kosten der indischen Souveränität.

Moskau will vermitteln

Nach Berichten eingeweihter Kreise in Moskau soll Chruschtschow vor einigen Tagen den sowjetischen Botschafter in Indien angewiesen haben, bei der indischen Regierung zu klären, inwieweit eine Vermittlung der Sowjetunion angenehm wäre. Eine Antwort Nehrus steht noch aus. Dies und auch der "zufällige" Besuch des Ministerpräsidenten der Äußeren Mongolei in Neu-Delhi lassen darauf schließen, daß bei den nicht-chinesischen Mitgliedern des Ostblocks, vor allem bei den Russen die Besorgnis wegen einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Peking und Neu-Delhi groß ist. Nur wenige Tage mehr trennen den sowjetischen Premier und Parteiführer von seinem Besuch in den USA. Nichts ist ihm unwillkommener als eine Trübung der weltpolitischen Sphäre im augenblicklichen Zustand. Auch in Moskau vergißt man nicht die Eskapaden des "chinesischen Brudervolkes" in der Quemoy-Frage, als Peking den Russen die damalige Möglichkeit eines Gipfeltreffens mit den Westmächten raubte. Chruschtschow ist gegen die Attacken der Chinesen in Asien. Vielleicht dürfte die neueste diplomatische Sprachregelung in Peking, "alles ließe sich im Geiste der Freundschaft regeln" auf den Moskauer Druck zurückzuführen sein. Dies jedenfalls wäre ein gutes Zeichen.

+ + +

Aus der Reihe getanz

sp - Westdeutschlands Presse hat ihrer staatspolitischen Aufgabe einer sachgemässen Berichterstattung über den "Bonner" Entwurf eines SPD-Grundsatzprogramms und einer ebenso sachgemässen Kommentierung - legt man eine erste Übersicht zugrunde - in einer Weise entsprochen, die dem jahrelangen ernsten Bemühen der Partei als Ganzen, aus Tradition und Entwicklung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, gerecht geworden ist. Es liegen bis zur Stunde, sieht man von den Extremisten der CDU-Presse ab, eigentlich nur Pressestimmen, positiver oder negativer Art, vor, die ein ebenso ernstes Bemühen erkennen lassen, sich sachlich mit Form und Inhalt des Entwurfes auseinanderzusetzen, der, falls er vom ausserordentlichen Parteitag in Bad Godesberg Mitte November gebilligt werden sollte, die politischen Grundlinien der grössten bundesdeutschen Mitgliederpartei für absehbare Zeit festlegen wird. Wo dieses Bemühen zunächst noch nicht ganz ausreichte, wie beispielsweise in einer grossen nordwestdeutschen Tageszeitung mit Bundesverbreitung, so werden spätere Kommentare, mit mehr Sachkenntnis und weniger oberflächlich geschrieben, das Bild sicher noch korrigieren.

Völlig aus der Reihe tanzt, sogar im kongenialen Bereich der CDU-Extremisten, wenn man vor dem mühseligen Witzbold "Ariel" in der "Bonn-Kölner Rundschau" absieht, praktisch bis jetzt nur ein Organ der Adenauer-Partei, dem allerdings zugute gehalten werden muss, dass gewichtigere Schreiber in dieser auslaufenden Ferienzeit nicht greifbar gewesen sein dürften. Anders wäre es auch beim "Deutschland-Union-Dienst" der CDU/CSU-Bundesführung nicht zu verstehen, dass er dem in wenigen Nachkriegsjahren vom Adenauer-freundlichen Zentrum bis zur rechtsten Adenauer-CDU gewandelten Jung-Bundestagsabgeordneten Dr. Rainer Barzel volle dreieinhalb Seiten Raum für einen sogenannten Kommentar geschenkt hat, der eine verunglückte Transponierung kurzatmigen Wahlversammlungsblablas in eine vergeblich angestrebte Musterleistung parlamentsreifer Kritik darstellt. Aber dem Adepten stand für diese usurpierte Aufgabe kein ausreichendes Mittel zur Verfügung: weder im Stil noch im Gewicht. Politischer Dadaismus ohne Inhalt ist nicht einmal dann zu ertragen, wenn er von dem offenbar allzusehr beschäftigten Präsidenten des eingetragenen Vereins "Rettet die Freiheit" angeboten wird, dessen (des Vereins) Tätigkeit trotz der Attachierung erlauchtester CDU-Namen und reichlicher Geläsmittel bisher nicht aus dem abgedunkelten Zwischendeck unseres geduldigen Staatsschiffs herausgekommen ist.

Die CDU wird also, wenn ihre offizielle Stimme zur Diskussion des SPD-Grundsatzprogramms wirklich als ernst und gewichtig zur Kenntnis genommen werden soll, mit kritischen Beiträgen aufwarten müssen, die im Bereich einer ernsthafte und sachgemässen Auseinandersetzung als niveaugleich zugelassen werden können. Die CDU verfügt zweifellos über eine grosse Zahl von Politikern und Einzelexperten, die solcher Darlegungen fähig sind. Die SPD hat diese Beiträge der CDU aber noch zu erwarten.

Ein Fall für Grolmann

sp - Als ein treuer und gewissenhafter Gewerkschaftler hat sich das Mitglied der Textil-Gewerkschaft, Karl Tränkle, als er seinen Wehrdienst beim Gebirgsjäger-Bataillon in Berchtesgaden ableistete, sein gewerkschaftliches Fachorgan nachsenden lassen. Er kam dadurch in unerwartete Schwierigkeiten. Nicht nur die Banderole war entfernt worden, was eine Verletzung des Postgeheimnisses bedeutet, der Kompanie-Spieß ließ ihm noch folgendes mitteilen: "Ihre Zeitung ist ostzonal eingestellt, und der Hauptmann hat diese Zeitung beschlagnahmt zur Weiterleitung an die Brigade". Am nächsten Morgen wurde Tränkle durch einen Feldwebel zur Brigade 23 befohlen, wo ihn ein Oberleutnant fragte, ob er wisse, warum er kommen müsse und ob er Interesse an dieser Zeitung habe. Besagter Oberleutnant wollte auch wissen, ob Tränkle in der Gewerkschaft sei und gerade diese Nummer des Fachorgans lesen wolle. Tränkle überstand das Inquisitionsverhör und bestand darauf, daß ihm die Zeitung ausgehändigt werde. Er durfte sie nur für ein paar Stunden behalten und mußte sie dann an den militärischen Abschirmdienst weitergeben.

Dies ist der Sachverhalt. Wir wollen ihn nicht überschätzen und nicht unbedingt als Symptom für die Einstellung mancher Bundeswehroffiziere zu den Gewerkschaften bewerten. Aber immerhin ist der Vorfall schlimm genug. Wo bleibt da die Achtung vor dem Bürger in Uniform? Viele der zum Wehrdienst Einberufenen sind Mitglieder der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften erfüllen eine demokratische Funktion, sie gehören zu den Säulen unseres Verfassungsstaates, ihre Mitarbeit am Aufbau der jungen deutschen Demokratie ist unerlässlich, was ihnen sogar auf ihrem Bundeskongreß in Stuttgart von einigen Bundesministern bestätigt wurde. Sollte das, was jeder Bundesbürger weiß, manchen Bundeswehroffizieren nicht bekannt sein?

Dies scheint uns ein Fall zu sein, mit dem sich der Beauftragte für das Beschwerdewesen bei der Bundeswehr, General Grolmann, befassen müßte, wenn schon aus keinem anderen Grunde als dem, Wiederholungen zu vermeiden.

Sind wir wieder so weit?

N.W. Anlässlich der Neuwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters der 3.000 Einwohner zählenden Westerwald-Gemeinde Ransbach kam es zu Erscheinungen, die man nach all den Erfahrungen der Vergangenheit für unmöglich gehalten hätte. Was war geschehen? Der Gemeinderat von Ransbach hatte am Dienstagabend mit acht gegen sechs Stimmen den Kandidaten der SPD, Karl Schmidt, zum Nachfolger des seitherigen CDU-Bürgermeisters Dr. Franz Baaden gewählt. Diese klare demokratische Entscheidung wurde jedoch von der CDU nicht akzeptiert. Schon Wochen vor der Wahl hatte sie zu öffentlichen Aktionen aufgerufen und gleichzeitig eine Unterschriftensammlung durchgeführt.

Ein solches Vorgehen findet weder in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung noch im Selbstverwaltungsgesetz eine Grundlage. Am Abend der Wahl mobilisierte dann die CDU einen Teil der Dorfbevölkerung, um gegen die Gemeinderatsmitglieder handgreiflich vorzugehen. In einer großen Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion heißt es, daß es zu organisierten Tumulten gekommen sei, in deren Verlauf die Mehrheit des Gemeinderates an Leib und Leben bedroht wurde. Nur unter Polizeischutz hätten die betreffenden Gemeinderatsmitglieder ihre Wohnungen erreichen können. Vor der Wohnung des neuen Bürgermeisters sei die Situation so bedrohlich geworden, daß die Polizei die Straße räumen müsse. Die SPD-Landtagsfraktion fragt den Innenminister, ob er von diesen Vorgängen Kenntnis erhalten habe und welche Maßnahmen er zu treffen gedenke, um der Landesverfassung, dem geltenden Recht und dem notwendigen Schutz der Gemeindebürger Achtung zu verschaffen.

In der Zwischenzeit haben die CDU-Unruhestifter neue Aktionen angekündigt. Zu allem Überflus wollen die in einer demokratischen Abstimmung unterlegenen CDU-Gemeinderatsmitglieder auch noch Beschwerde gegen die Wahl einlegen, "weil sich der Gemeinderat mit seiner Entscheidung dem Willen des Volkes widersetzt habe".

Der ganze Vorgang wirft ein bedauerliches Licht auf die innere Einstellung dieser Drahtzieher zur Demokratie. Die Nazis waren Meister darin, die Straße gegen das Parlament zu mobilisieren. Sind wir wieder so weit?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel